

■ Geldpolitik: EZB – Konjunktur bleibt außen vor	2
■ Verteilung: Löhne – EU-Arbeitnehmer verlieren real	3
■ Alterssicherung: Pensionsfonds – starke Verluste in der Krise gefährden Altersvorsorge	4
■ Öffentliche Aufträge: Acht Bundesländer verlangen Tariftreue	6
■ Junge Beschäftigte: Stress im Job als Privatsache	7
■ TrendTableau	8

GESUNDHEIT

Zeitdruck belastet viele Beschäftigte

Jede siebte Frau und jeder fünfte Mann arbeiten unter Bedingungen, die sie als Gefahr für ihre Gesundheit empfinden.

Ein erheblicher Teil der Beschäftigten geht davon aus, dass mit ihrem Tagewerk Gefahren für das körperliche und seelische Wohlbefinden verbunden sind. Jeder fünfte Mann bezeichnet seine Arbeitsbedingungen als insgesamt „stark oder sehr stark gesundheitsgefährdend“. Zu dem gleichen Schluss gelangt jede siebte berufstätige Frau. Das berichtet eine Studie des Robert-Koch-Instituts, für die knapp 13.700 erwerbstätige Frauen und Männer von 18 bis 64 Jahren befragt wurden.

Seele. Die häufigste Einzel-Belastung ist das Arbeiten unter Zeit- und Leistungsdruck. 36 Prozent der Frauen und 44 Prozent der Männer sagen, dass sie im Job häufig unter Zeitnot und Leistungszwang leiden. Dieser Stressfaktor steigert ebenso wie ein schlechtes Betriebsklima die Sensibilität für andere schädliche Einflüsse. Gerade Frauen erleben diesen Effekt besonders stark, schreiben die Studienautoren Lars Eric Kroll, Stephan Müters und Nico Dragano. 18,5 Prozent aller Befragten nannten strikte Vorgaben als potenzielle Ursache von Krankheiten.

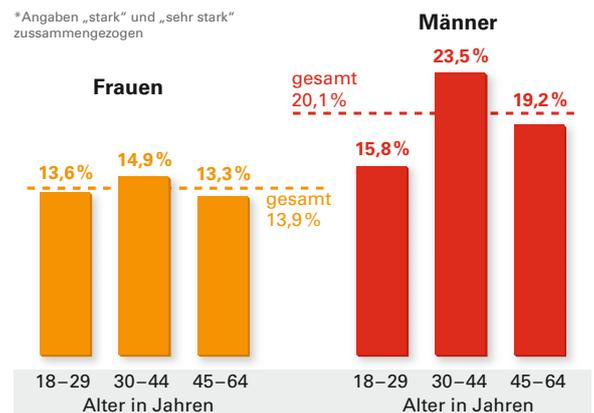
Körper. Trotz des fortschreitenden Wandels der Wirtschaft müssen noch immer viele Menschen in Deutschland im Beruf mit körperlichen Belastungen und schlechten Arbeitsbedingungen zurechtkommen. Jeder dritte Befragte arbeitet häufig bei Lärm, Hitze oder Kälte. 27,3 Prozent der Erwerbstätigen müssen oft schwere Lasten heben und tragen. Insbesondere Frauen sorgen sich der Studie zufolge, dass dies ihre Gesundheit gefährden kann. Bei ihnen ist die körperliche Belastung in der Kranken- und Altenpflege besonders stark. Männer sehen die eigene Gesundheit vor allem am Bau, im Handwerk, im Güterverkehr und im Personentransport in Gefahr.

Status. Arbeiter berichten etwa doppelt so häufig wie Angestellte und Beamte von einer starken gesundheitlichen Gefährdung durch den Beruf. 30 Prozent der männlichen Facharbeiter geben an, dass sie starken oder sehr starken Gesundheitsgefährdungen ausgesetzt sind – bei Angestellten sind die Zahlen nur etwa halb so groß. Laut Deutscher Rentenversicherung gingen vor zwei Jahren 80.702 Frauen und 90.427 Männer aufgrund einer krankheits- oder unfallbedingten Verminderung ihrer Erwerbsfähigkeit vorzeitig in Rente. Das waren etwa 14 Prozent aller Rentenzugänge. ◀

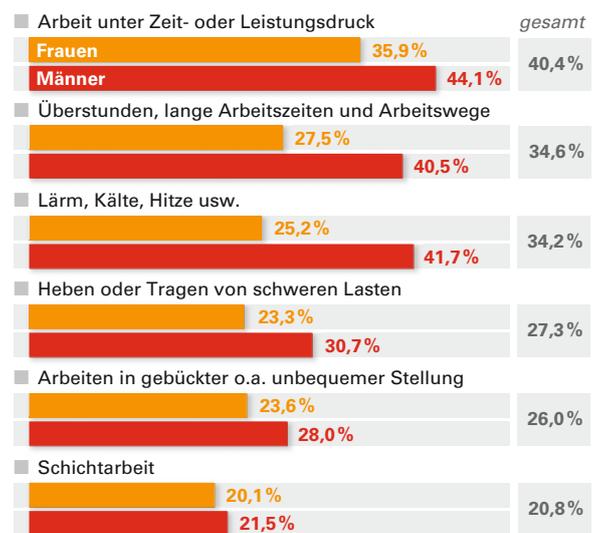
Wenn der Job krank macht

So viele Beschäftigte schätzen die Gesundheitsgefährdung durch die eigene Arbeit hoch* ein ...

*Angaben „stark“ und „sehr stark“ zusammengezogen



Häufig genannte Arbeitsbelastungen 18- bis 65-jähriger Erwerbstätiger sind ...



Quelle: GEDA-Studie 2010 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

* Quelle: Lars Eric Kroll, Stephan Müters, Nico Dragano: Arbeitsbelastungen und Gesundheit, Herausgeber: Robert Koch-Institut Berlin 2011
 Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

EZB: Konjunktur bleibt außen vor

Die Politik der Europäischen Zentralbank hat die wirtschaftlichen Ungleichgewichte in Europa verstärkt. Die Währungshüter scheinen aus der von ihnen mit verursachten Krise wenig gelernt zu haben, sagt der Ökonom Jörg Bibow.

Wenn die Konjunktur strauchelt, zögert Europas Zentralbank (EZB) lange, bevor sie der Wirtschaft mit günstigeren Finanzierungsbedingungen unter die Arme greift. Machen die Unternehmen hingegen gute Geschäfte, neigt die EZB zu zügigen Zinserhöhungen. Zu dieser Einschätzung kommt der Ökonomie-Professor Jörg Bibow, der die EZB-Politik seit 1999 untersucht hat.* Der am Skidmore College im Norden des Bundesstaates New York lehrende Finanzexperte erläutert zudem, wie die Konstruktion aus Euro-Stabilitätspakt und EZB zur heutigen Krise beitrug – durch eine einseitig auf die Ziele sparsame Haushaltsführung und geringe Preissteigerungen verpflichtete Politik. In puncto Wettbewerbsfähigkeit entwickelten sich die Länder der Währungsunion dadurch weiter auseinander statt aufeinander zu.

Die 1998 gegründete EZB übernahm die geldpolitische Kontrolle nach Asien- und Russlandkrise zunächst mit einem für Europa niedrigen Zinsniveau, so Bibow. Als die Welt und vor allem die US-Konjunktur kurz vor der Jahrtausendwende anzogen, verdoppelte sie den Leitzins in kurzer Zeit fast. Dies war nach der Analyse des Wissenschaftlers ein wichtiger Grund für den Absturz des Euro – die Devisenhändler zeigten wegen des wenig wachstumsfreundlichen Kurses der EZB geringeres Interesse an der europäischen Währung. Im folgenden Abschwung habe Europas Zentralbank die Zinsen nur mit starker Verzögerung gesenkt. Die Binnennachfrage blieb schwach, vor allem in Deutschland. Nachdem die inzwischen wieder boomende Weltkonjunktur endlich Europa erreicht hatte, setzte die EZB den Leitzins Ende 2005 erneut stark herauf und reagierte Bibow zufolge danach erneut viel zu spät auf die 2007 einsetzende Konjunkturabkühlung. Noch im Juli 2008, ein Jahr nach Ausbruch der Finanzkrise, erhöhte sie die Zinsen weiter.

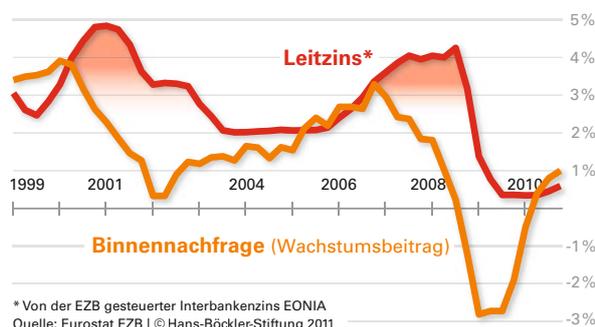
Asymmetrische Politik. Im Gegensatz zur wachstumsorientierten US-Notenbank oder zu japanischer und chinesischer Zentralbank, die sich bemühen, durch Devisenmarktinterventionen außenwirtschaftliche Störungen fernzuhalten, sehe es die EZB gar nicht als ihre Aufgabe an, Konjunkturpolitik zu betreiben, schreibt Bibow. Zumindest nicht, sofern es darum gehe, das Wachstum zu stimulieren. Zügig setze sie hingegen Maßnahmen um, die die Konjunktur dämpfen. Der Wissenschaftler spricht von einer ausgeprägten Asymmetrie, sowohl in der praktischen Geldpolitik als auch in der „Geisteshaltung“. Dies sei das Kennzeichen der von Deutschland inspirierten Stabilitätspolitik, die Bibow von der angelsächsischen Stabilisierungspolitik unterscheidet.

„Stabilitätspolitik“ hat in die Schuldenkrise geführt. Eine Ursache für die wirtschaftlichen Ungleichgewichte im Euroraum sieht Bibow in der Finanz- und Geldpolitik. Diese hätten erst die Finanzkrise angeheizt und später zur Staatsschul-

denkrise geführt. Sparpolitik und Lohnzurückhaltung in Deutschland ließen die hiesige Inlandsnachfrage stagnieren und die Exporte florieren. In anderen Ländern wie Spanien sorgten die nach der Euro-Einführung gesunkenen Realzinsen für kräftiges Binnenwachstum. Im Ergebnis hätten sich die Lohnstückkosten und damit Wettbewerbsfähigkeit und Leistungsbilanzen immer weiter auseinander entwickelt. Stabil sei diese Konstellation nur solange gewesen, wie die Finanzierung der Defizite gesichert war, was etwa über deutsche Banken erfolgte, die so erhebliche Kreditpositionen gegenüber den heutigen Krisenländern aufbauten.

EZB reagiert im Abschwung zu spät

So entwickelten sich im Euroraum ...



Der EZB seien „zumindest mittelbar“ Fehler vorzuwerfen, schreibt der Wirtschafts-Professor. Denn sie habe die aus den Divergenzen erwachsenen Gefahren übersehen. Die Zentralbank habe „die sich darin andeutende zwangsläufige Krise, mit der Europa heute zu kämpfen hat“, nicht kommen sehen. Deutschland sei von den Währungshütern als Musterbeispiel für stabilitätsorientiertes Verhalten gepriesen worden, anstatt wegen seiner stetig steigenden Handelsüberschüsse gescholten zu werden. Auch hier zeige sich der asymmetrische Ansatz der Zentralbank: Der EZB sei immer an geringen Lohnänderungsraten gelegen, selbst dann, wenn eine gleichmäßige Wirtschaftsentwicklung im Euroraum eigentlich höhere Zuwächse in bestimmten Ländern erfordern würde.

Zu wenig aus den Krisen gelernt. Zwar habe die Finanzkrise den Blick für Systemrisiken geschärft und die Leistungsbilanzsalden würden heute nicht mehr als grundsätzlich harmlos angesehen, so Bibow. Dennoch würden zur Überwindung der Krisen weiterhin die alten Rezepte propagiert: Ein verschärfter Stabilitätspakt und „stabilitätsorientierte“ Geldpolitik sollten die Probleme lösen. So habe die EZB schon wieder begonnen, die Leitzinsen zu erhöhen. Damit laufe sie Gefahr, frühere Fehler zu wiederholen. Noch immer lobe der EZB-Präsident Deutschland für seine Wettbewerbsposition, während er andere Euro-Länder mahnt, ihren Rückstand aufzuholen. Unerwähnt bleibe, dass ein Abbau der Ungleichgewichte nur möglich ist, wenn Überschuss- und Defizitländer eine gegenläufige Politik betreiben – also etwa Deutschland für höhere Einkommen sorgt, von denen dann ein Teil in den Defizitländern ausgegeben wird. Die EZB habe aus der Krise nicht genug gelernt, resümiert Bibow. ◀

* Quelle: Jörg Bibow: Europäische Geldpolitik: fehlkonzipiert, irregleitet und lernresistent, in: WSI-Mitteilungen 6/2011
Download unter www.boecklerimpuls.de

Löhne: EU-Arbeitnehmer verlieren real

In zwei von drei EU-Ländern drohen den Beschäftigten 2011 Reallohnverluste.

In Deutschland ist die Entwicklung etwas positiver, die Preissteigerung zehrt aber auch hier den nominalen Zuwachs weitgehend auf.

2011 wird sich die Mehrheit der Arbeitnehmer in der Europäischen Union unter dem Strich weniger für ihren Lohn kaufen können als im Vorjahr. In 18 von 27 Mitgliedstaaten dürften nach Prognose-Daten der EU-Kommission die Löhne nach Abzug der Teuerung sinken. Im EU-Durchschnitt bedeutet das einen Reallohnverlust von 0,8 Prozent.

In Deutschland wird die Entwicklung 2011 zwar positiver ausfallen als bei den meisten Nachbarn, allerdings ist auch hier nach Abzug der relativ hohen Preissteigerung von deutlich mehr als 2 Prozent lediglich eine Stagnation der Löhne absehbar. Das erwartet Thorsten Schulten, Autor des neuen Europäischen Tarifberichts des WSI. * In Europa gingen daher von der Lohnentwicklung „derzeit kaum positive Impulse aus, um die strukturellen ökonomischen Probleme zu überwinden und eine nachhaltige Wachstumsstrategie einzuleiten“, schreibt der WSI-Tarifexperte.

Angesichts von Reallohnverlusten und Sparprogrammen in vielen Ländern warnt Schulten vor einer „europaweiten Lohnsenkungsspirale“. Die Entwicklung könnte sich noch verschärfen, weil sich die europäischen Regierungen im so genannten „Euro-Plus-Pakt“ auf eine hoch problematische restriktive Lohnpolitik festgelegt hätten, so Schulten. In dem früher „Pakt für den Euro“ genannten Übereinkommen haben die europäischen Staats- und Regierungschefs Ende März unter anderem moderate Lohnsteigerungen und eine Verlagerung der Lohnbildung in die Betriebe als Wege zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit formuliert. Zudem solle durch Arbeitsmarktreformen mehr „Flexibilität“ erreicht werden. Kritiker warnen vor Eingriffen in die Tarifautonomie.

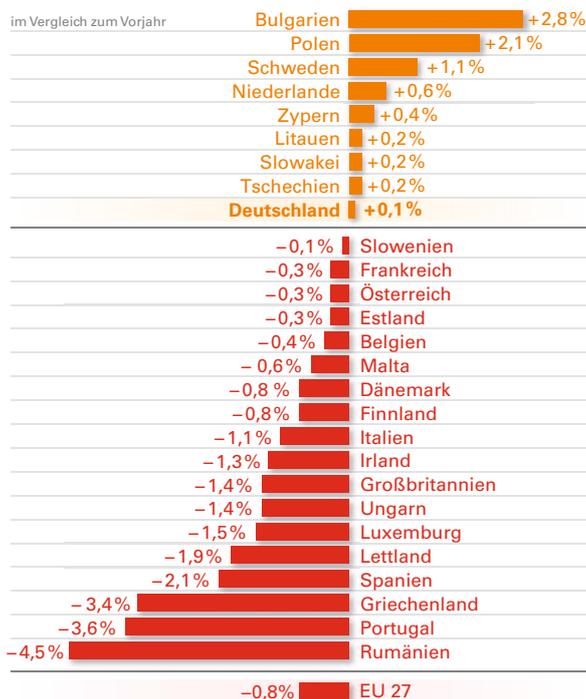
Bereits 2010 sind die realen Löhne pro Kopf in 13 EU-Staaten zurückgegangen, macht die WSI-Analyse deutlich. Am stärksten waren die Verluste in Griechenland mit 8,2 Prozent. In diesem Jahr fallen die Einbußen der griechischen Beschäftigten nach der von Schulten ausgewerteten EU-Prognose nicht mehr ganz so dramatisch aus. Dafür dehnt sich der Kreis der Länder mit Reallohnrückgängen noch einmal deutlich aus. Am stärksten sind die Verluste in den südeuropäischen Krisenländern und einigen osteuropäischen Staaten, wo die Löhne real um zwei bis 4,5 Prozent an Kaufkraft verlieren dürften. Doch auch in Frankreich, Österreich, Belgien, Dänemark, Finnland, Großbritannien und Luxemburg müssen sich die Arbeitnehmer auf reale Einbußen zwischen 0,3 und 1,5 Prozent einstellen. Die im Vergleich noch positivste Entwicklung wird in den Niederlanden, Schweden, Polen und Bulgarien erwartet. Dort sollen die Löhne 2011 real zwischen 0,6 und 2,8 Prozent zulegen.

Hauptgründe für die verbreiteten Reallohnverluste sind die Preissteigerung von 3 Prozent im EU-Mittel und vergleichsweise schwache Lohnzuwächse, insbesondere in Südeuropa. Der neutrale Verteilungsspielraum für die Lohnentwicklung, der sich aus der Summe von Produktivitätszuwachs und Preissteigerung ergibt, wird nach Schultens Berechnung 2011 in 26 EU-Ländern nicht ausgeschöpft. Mit Ausnahme Bul-

gariens legen damit die Einkommen aus Unternehmensgewinnen überall deutlich stärker zu als die Einkommen aus Löhnen.

Lohnentwicklung in Europa

Die Reallöhne ändern sich 2011* voraussichtlich in...



*Prognose; Quelle: Europäische Kommission 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

Für Deutschland prognostiziert die EU-Kommission 2011 ein minimales reales Lohnwachstum von 0,1 Prozent. Die im mehrjährigen Vergleich relativ kräftige Entwicklung der nominalen Bruttolöhne von 2,7 Prozent wird danach von der Inflation weitgehend aufgezehrt. 2010 waren die Löhne in Deutschland zum ersten Mal seit 2003 real gewachsen – um 1,1 Prozent. Die deutschen Tariflöhne haben nach den Daten des WSI, die aufgrund unterschiedlicher Methodik etwas höher ausfallen als die Tarifzahlen der Bundesbank, 2010 Jahr real um 0,6 Prozent und 2009 um 2,4 Prozent zugelegt.

WSI-Experte Schulten hält es für sinnvoll, weitere Lohnkürzungen in den Krisenstaaten zu stoppen. Sonst sei die binnenwirtschaftliche Stagnation in diesen Ländern nicht zu überwinden. In den wirtschaftlich starken EU-Staaten und insbesondere in Deutschland könne eine deutlich stärkere Lohnentwicklung in den nächsten Jahren dazu beitragen, die wirtschaftliche Dynamik in Europa zu stärken. ◀

* Quelle: Thorsten Schulten: Europäischer Tarifbericht des WSI 2010/2011, in: WSI Mitteilungen 7/2011
Download unter www.boecklerimpuls.de

Pensionsfonds: Starke Verluste in der Krise gefährden Altersvorsorge

Die Finanzkrise hat der kapitalgedeckten Altersvorsorge erheblich zugesetzt. Wissenschaftler empfehlen mehr und bessere Regulierung für Pensionsfonds.

Geringere Auszahlungen aus der staatlichen Rente, stattdessen mehr Geld aus steuerlich geförderten betrieblichen Vorkassen: Nach diesem Prinzip haben mehrere EU-Länder um das Jahr 2000 ihre Alterssicherung reformiert; auch die Bundesrepublik. Seitdem ist das neue Arrangement aber durch erhebliche Turbulenzen gegangen. Die schwedischen Pensionsfonds etwa verloren 2008 durch die Finanzkrise 34,5 Prozent ihres Wertes. Derart rapide Vermögenseinbußen zeigen, wie problematisch eine Privatisierung der Alterssicherung sein kann, sagen Bernhard Ebbinghaus und Tobias Wiß.* Der Soziologie-Professor von der Universität Mannheim und sein Co-Autor haben untersucht, wie es um die kapitalgedeckte, betriebliche Zusatzrente nach der Finanzkrise in sechs europäischen Ländern steht. Sie stellten fest: Streng regulierte betriebliche, kapitalgedeckte Zusatzrenten – ob unter Kontrolle der Tarifparteien oder staatlicher Aufsicht – sind tendenziell besser durch die Krise gekommen. Grundsätzlich sei mehr Regulierung nötig, so die Experten, „um die

Einlagen vergleichsweise vorsichtig an, darum beliefen sich die Wertkorrekturen hier auf 8 bis 13 Prozent. Der Wert niederländischer Pensionskassen hingegen reduzierte sich 2008 um 16,9 Prozent, nachdem er bereits 2002 um 11,9 Prozent gesunken war. Noch schlechter schnitten Fonds aus den USA und Großbritannien ab, deren Verwalter sich oft als aktive Investoren verstehen und Einfluss auf die Unternehmenspolitik der von ihnen kontrollierten Firmen nehmen wollen. Hier büßten die Pensionsfonds im Schnitt 17 bis 26 Prozent der Einlagen ein. Auch wenn die Vermögenswerte sich inzwischen erholen: Die Deckung der Auszahlungsverpflichtungen der betrieblichen Zusatzrenten sind in allen betrachteten sechs Ländern – Schweden, Dänemark, Großbritannien, Schweiz, Niederlande und Deutschland – durch die Finanzkrise unter erheblichen Druck geraten.

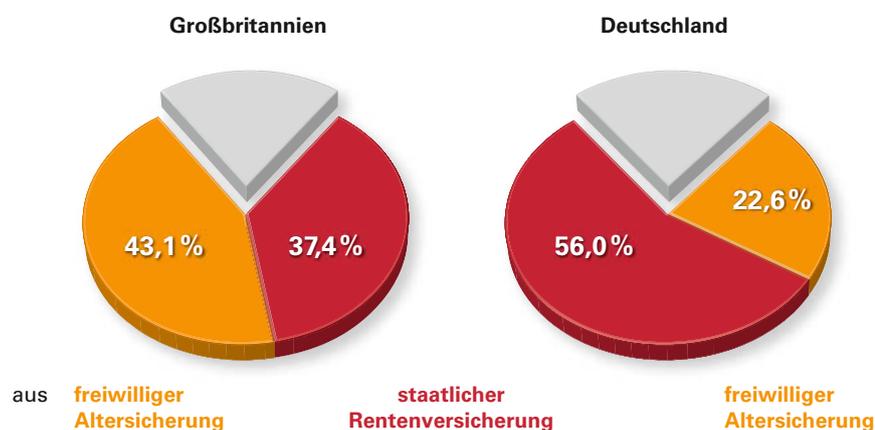
Die Krise hat nicht allein das Vermögen künftiger Pensionäre reduziert, in manchen Ländern belastet sie schon jetzt die Pensionen. Von Kürzungen sind jene betroffen, deren Altersvorsorge-Verträge lediglich die Höhe der Beiträge festlegen und nicht die der Auszahlungen. Solche Vertragsbestimmungen waren lange die Ausnahme. Mit der Ausbreitung des Shareholder-Gedankens im vergangenen Jahrzehnt wechselten etliche Betriebsrenten von garantierten Auszahlungen zu festgelegten Beiträgen. Nun hat die Finanzkrise weitere Fonds dazu gebracht, einen Übergang zu festgelegten Beiträgen und variablen Auszahlungen anzustreben. Im Resultat bedeutet dies, folgern Ebbinghaus und Wiß, dass gerade das systemische Scheitern des Finanzmarktes der Grund für eine

Ausweitung der Finanzlogik ist. Die Fondsmanager übertragen das Finanzmarkt-Risiko auf Sparer, die im Alter auf die Auszahlungen aus der kapitalgedeckten Betriebsrente angewiesen sein werden. Die EU-Kommission diskutiert darum, ob sie künftig europaweit Mindest-Auszahlungen aus Pensionsfonds vorschreibt – was in Deutschland schon der Fall ist.

Das grundsätzliche Kontrollproblem: Pensionsfonds werden aus nicht ausgezahltem Lohn oder Gehalt der Beschäftigten gebildet. Die Beschäftigten sind somit Eigentümer; über ihr Geld verfügen aber Firmenvertreter oder gar Fondsmanager. Hier liegt die Gefahr von Missmanagement und Täuschungsversuchen. Es besteht also ein Kontrollproblem,

Lohnersatz auf unterschiedlich sicherer Basis

Ein Durchschnittsverdiener erhält im Ruhestand vom früheren Lohneinkommen in...



Quelle: OECD 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

Interessen von Beschäftigten und Pensionären gegen finanzielle Risiken zu schützen“.

Pensionsfonds zählten in der Finanzkrise sowohl zu den Leidtragenden als auch zu den Verursachern. Alterssicherungs-Fonds aus den OECD-Ländern trugen zum Anschwellen des Finanzvermögens bei – und verloren dann im Schnitt zwischen 20 und 25 Prozent ihrer Vermögen. Bei einzelnen Fonds fielen die Abschläge noch weit höher aus. Die Verluste waren laut Forschern dort am höchsten, wo Fondsmanager über viel Geld verfügen konnten, am wenigsten beaufsichtigt wurden und folglich am riskantesten investierten. In Deutschland und der Schweiz legten die Fondsmanager ihre

denn die Beschäftigten müssen sich auf die Unternehmen verlassen, die in ihrem Namen die Beiträge entrichten, und auf die Manager des Fonds, die im Interesse ihrer Altersvorsorge investieren. Darum sei jegliche Form von Regulierung wichtig, ob durch den Staat oder die Sozialpartner, schreiben die Forscher. In allen Ländern gibt es eine Aufsicht, die sich um die finanzielle Nachhaltigkeit der Pensionsfonds kümmert, meist die Zentralbank oder eine Finanzmarktaufsicht. Die Wissenschaftler stellen fest: Je mehr der Staat reguliert, umso weiter sind die betrieblichen oder tariflichen Zusatzrenten verbreitet, und umso besser werden Risiken gebündelt und die Rechte der Beschäftigten garantiert. Eine staatliche Aufsicht darüber, ob obligatorische Pensionsfonds die Einlagen nach sozialen Gesichtspunkten anlegen, gibt es allerdings nirgends.

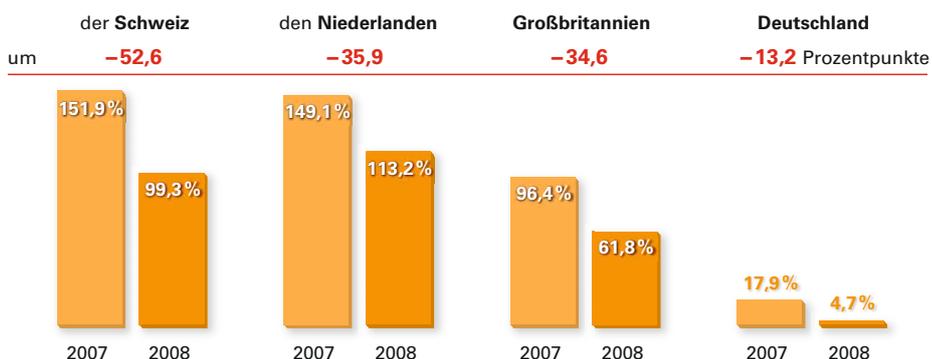
Die Forscher beobachten in der Alterssicherung einen Bedeutungszuwachs der Gewerkschaften: Das Quasi-Monopol der Staatsrente als einzige rechtlich flankierte Alterssiche-

rung besteht nicht mehr, die Privatisierung der Altersvorsorge habe aber nicht zu einer nachhaltigen Lösung geführt. Eine von den Sozialpartnern geregelte und kontrollierte Altersvorsorge werde darum gebraucht. ◀

* Quelle: Bernhard Ebbinghaus, Tobias Wiß: Taming pension fund capitalism in Europe: collective and state regulation in times of crisis, in: Transfer, European Review of Labour and Research, Februar 2011; Bernhard Ebbinghaus: The Varieties of Pension Governance. Pension Privatization in Europe, Oxford University Press, 2011
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Pensionsfonds: Rapide Wertverluste

Vermögen von Pensionsfonds verringerten sich im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt in ...



Quelle: Ebbinghaus, Wiß, OECD 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

Der Pensionsfonds-Kapitalismus und seine Varianten

Ob Alterssicherung durch ein Umlageverfahren bestritten wird, ob Altersvermögen am Kapitalmarkt nach langfristiger industriepolitischer Strategie investiert wird oder nach kurzfristigem Renditestreben – das hat einen großen Einfluss auf die gesamte Volkswirtschaft. Weil die kapitalgedeckte betriebliche Altersvorsorge viel Geld bewegen kann, sprechen Experten von Pensionsfonds-Kapitalismus. Ebbinghaus und Wiß untersuchten Großbritannien als Beispiel für eine liberale Marktwirtschaft, die Niederlande und die Schweiz als koordinierte Marktwirtschaften mit weit entwickeltem Pensionsfonds-System, außerdem die skandinavischen Wohlfahrtsstaaten Dänemark und Schweden sowie Deutschland. In diesen Ländern gibt es große Unterschiede hinsichtlich des Umfangs und Zuschnitts der betrieblichen Altersvorsorge.

Am stärksten ausgebaut ist die kapitalgedeckte betriebliche Altersvorsorge in **Großbritannien**. Beschäftigte können sich bereits seit 1986 aus der verpflichtenden staatlichen Rentenversicherung zumindest teilweise ausklinken und eine kapitalgedeckte betriebliche oder individuelle Vorsorge wählen. Darum weist von allen europäischen Staaten Großbritannien

in der betrieblichen Alterssicherung das größte Finanzvermögen auf. Die Auszahlungen aus der betrieblichen Alterssicherung sind in der Höhe durchaus vergleichbar mit denen der gesetzlichen Rente. Britische Pensionsfonds sind wichtige Akteure auf dem Finanzmarkt, sie investieren ihre Einlagen überwiegend nach Rendite-Gesichtspunkten.

In den **Niederlanden** spielt eine branchenweit von den Sozialpartnern ausgehandelte Altersvorsorge eine große Rolle. Die tarifvertraglichen Regelungen werden teilweise von der Regierung für alle Arbeitgeber zur Pflicht erklärt. Alle niederländischen Pensionsfonds werden von einem Kontrollgremium der Sozialpartner beaufsichtigt, in denen Beschäftigte wie Pensionäre vertreten sind. Es gibt mehrere große Firmen- und Branchenfonds, die insgesamt einen enormen Umfang haben. Vor der Finanzkrise hatten die Fonds Einlagen in Höhe von fast 150 Prozent des nationalen Bruttoinlandsproduktes eingesammelt. Auch in der **Schweiz** gibt es – außer für Geringverdiener – eine Pflicht zur betrieblichen Altersvorsorge sowie die Vorschrift, dass in den Aufsichtsgremien die Beschäftigten vertreten sein müssen.

In **Deutschland** überwiegen noch nicht Pensionsfonds als Instrument der betrieblichen Altersvorsorge, sondern Direktzusagen der Unternehmen, die als Rückstellungen verbucht werden. „Rückstellungen waren lange sehr attraktiv für die Unternehmen, weil sie keinen Liquiditätsabfluss bedeuteten“, sagt Sebastian Campagna, Referatsleiter für Unternehmensfinanzierung in der Hans-Böckler-Stiftung. „Inzwischen sehen die Unternehmen jedoch stärker die Risiken: Man häuft Schulden an, die später – wenn etwa die Belegschaft des Unternehmens schrumpft – zur Bedrohung für die Liquidität werden können.“ Am Kapitalmarkt notierte Unternehmen möchten zudem den Umfang der Rückstellungen in der Bilanz gering halten. Auch in Deutschland gibt es große, von den Sozialpartnern vereinbarte Versorgungswerke, etliche Unternehmen haben eigene Pensionsfonds. **Schweden** und **Dänemark** haben ebenfalls einen substanziellen Pensionsfonds-Kapitalismus. In Schweden etwa gibt es inzwischen vier landesweite Fonds für betriebliche Zusatzrenten – zwei davon für öffentlich Beschäftigte, zwei für Arbeitnehmer von privaten Unternehmen.

Acht Bundesländer verlangen Tariftreue

Immer mehr Bundesländer koppeln die Vergabe öffentlicher Aufträge an Tarifstandards.

Tariftreue-Regelungen, nach denen der Staat nur Anbieter beauftragen darf, die sich an bestimmte Lohn- und Tarifstandards halten, erleben eine Renaissance. Als Reaktion auf die so genannte Ruffert-Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) waren 2008 alle damals geltenden Tariftreue-Gesetze ausgesetzt worden. Drei Jahre später zeigt eine WSI-Übersicht, dass der „Ruffert-Schock“ überwunden ist: „Es ist absehbar, dass bald die Mehrzahl der Länder gesetzliche Regelungen haben wird, um bei der öffentlichen Vergabe faire Wettbewerbsbedingungen herzustellen“, beobachtet WSI-Forscher Thorsten Schulten.*

Acht Bundesländer besitzen bereits europarechtskonform neu gestaltete Tariftreue-Gesetze. Weitere vier haben das angekündigt. Damit könnten bald mehr Länder über Tariftreue-Regelungen verfügen als vor der EuGH-Entscheidung. Die Gesetzesnovellen setzen an drei Punkten an:

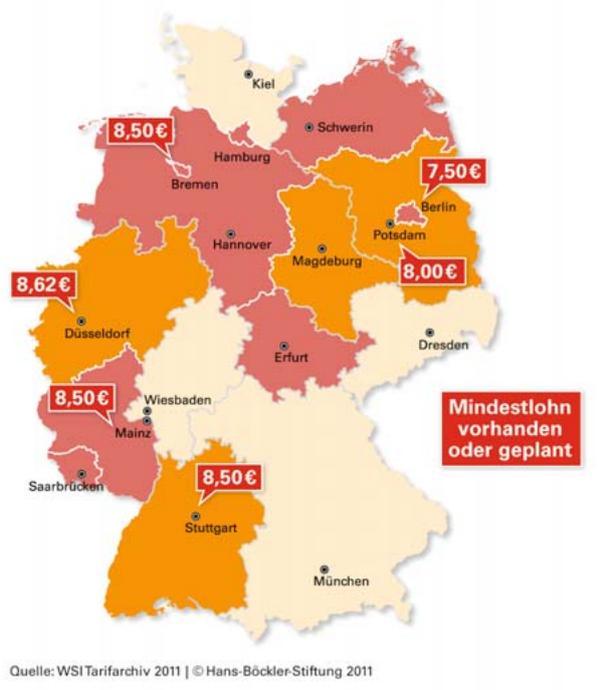
In Branchen, die unter das **Arbeitnehmer-Entsendegesetz** fallen, gilt: Aufträge dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die ihren Beschäftigten mindestens die branchenspezifischen Mindestlöhne zahlen. Die gibt es etwa auf dem Bau, in der Abfallwirtschaft und der Pflege. Experten erwarten, dass die Mindestlöhne seltener unterlaufen werden, wenn öffentliche Auftraggeber sie einfordern und kontrollieren.

Für den **Verkehrssektor** wird eine umfassende Tariftreueerklärung verlangt, die sich meist auf den jeweils repräsentativen Tarifvertrag bezieht. Diese Möglichkeit ergibt sich aus einer europarechtlichen Sonderstellung des Verkehrssektors.

Bremen, Berlin und Rheinland-Pfalz flankieren ihre Tariftreue-Regelung mit einem **vergabespezifischen Mindestlohn**.

Tariftreue-Regelungen in Deutschland

Bundesländer mit gültigen Tariftreue-Regelungen, die die Einführung von Tariftreue-Regelungen planen, oder ohne Tariftreue-Regelungen sind.



Unternehmen können einen öffentlichen Auftrag nur erhalten, wenn sie ihren Beschäftigten bei der Auftragsdurchführung brutto mindestens 7,50 Euro bzw. 8,50 Euro pro Stunde zahlen. Auch Baden-Württemberg, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen planen einen vergabespezifischen Mindestlohn. In NRW soll dieser bei 8,62 Euro liegen. Das entspricht der untersten Lohngruppe im Tarifvertrag der Länder. ◀

* Quelle: Thorsten Schulten ist Experte für Europäische Tarifpolitik im WSI
Download unter www.boecklerimpuls.de

Rohstoffmärkte

Herdentrieb verteuert Lebensmittel

Lebensmittel- und Mineralölpreise sind immer stärker unter den Einfluss der Finanzspekulation geraten.

Seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts steigen die Rohstoffpreise drastisch, nur vorübergehend unterbrochen durch die Finanzkrise. Zugleich haben die Preisschwankungen zugenommen. Zwar gebe es auch realwirtschaftliche Gründe für die Bewegungen an den Rohstoffmärkten, heißt es in einer Studie der Welthandels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD).* Doch die gestiegene Nachfrage der Schwellenländer und Produktionsengpässe allein könnten die jüngsten Entwicklungen nicht

erklären. Ein wichtiger Faktor sei der Einfluss von Finanzinvestoren, die mit Rohstoffderivaten handeln – ohne tatsächlich ein wirtschaftliches Interesse an Weizen, Mais oder Rohöl zu haben. Lange dominierte unter Ökonomen die Vorstellung, dass viele Marktteilnehmer die Märkte stabilisieren und die Preise letztlich alle verfügbaren Informationen über Angebot und Nachfrage in der Realwirtschaft widerspiegeln würden. Die empirischen Untersuchungen der UNCTAD

stellen das infrage: Die Studie macht deutlich, dass die zunehmende Bedeutung von Investmentbanken und Hedgefonds preistreibend wirkt und oft heftige Kursschwankungen und oft heftige Kursschwankungen und oft heftige Kursschwankungen auslöst. Eine Erklärung ist die Eigendynamik des Wertpapierhandels: Anstatt Fundamentaldaten zu analysieren, versuchen viele Händler, nur aus den Kursbewegungen selbst Preistrends abzuleiten. Im Ergebnis kommt es zu Herdenverhalten. Die UNCTAD-Ökonomen können auch zeigen, dass die Preisbewegungen stärker als früher mit Entwicklungen in anderen Finanzmarktseg-

menten korrelieren, jedoch weniger Bezug zu Produktionsmenge und Bedarf haben. All dies wirke sich negativ auf Produzenten und Konsumenten aus, so die UNCTAD. Die Organisation empfiehlt daher eine Regulierung, die für mehr Markttransparenz sorgt, um fundamental ungerechtfertigte Kursausschläge zu dämpfen, sowie Beschränkungen für das Engagement von Finanzinvestoren. Zudem könnte eine internationale Behörde durch direkte Interventionen die Preise stabilisieren.

* UNCTAD: Price formation in financialized commodity markets, Juni 2011

Download unter www.boecklerimpuls.de

Stress im Job als Privatsache

Ob Krankenpfleger oder Bankkauffrau: Beschäftigte zwischen 25 und 35 identifizieren sich stark mit ihrer Arbeit. Sie schätzen ein hohes Maß an Selbstbestimmtheit – den steigenden Stress im Job verstehen sie als Problem, mit dem sie allein zurechtkommen müssen.

Die Arbeit in vielen Dienstleistungsbranchen steht zunehmend unter Ökonomisierungsdruck – sei es im Gesundheitswesen, in den Sozialdiensten oder in Banken und Versicherungen. Dennoch äußern sich deren junge Beschäftigte eher zufrieden mit ihrer Arbeit und nehmen eine optimistische Haltung ein, ergab die Untersuchung einer Forschergruppe um den Tübinger Professor Josef Held.* Bei wachsendem Zeit- und psychischen Druck am Arbeitsplatz setzen sie stärker auf ihre eigenen Kräfte als ältere Beschäftigte. Solidarisches Handeln sehen sie eher als Strategie für das private Umfeld; weniger als Weg, um problematische Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Ausgangspunkt des Forschungsprojekts war die Erfahrung von Arbeitnehmervertretern in den Dienstleistungsbranchen, dass sich 25- bis 35-jährige Kollegen nur schwer für die Mitbestimmung in Betriebs- oder Personalräten gewinnen lassen. Die Wissenschaftler befragten daher in Baden-Württemberg und der Region Berlin/Brandenburg in den Jahren 2008 und 2009 knapp 1.300 Beschäftigte dieser Altersgruppe in Banken und Versicherungen, dem IT-Bereich, dem öffentlichen Dienst sowie dem Gesundheitswesen – plus einige Jüngere und Ältere, quasi zur Kontrolle. Zusätzlich führten die Forscher vertiefende Interviews.

Zu viel Autonomie kann überfordern. Dabei zeigt sich: Für die in der standardisierten Umfrage geäußerte positive Sicht auf die eigene Situation liefern die ausführlichen Interviews eine interessante Erklärung, so die Tübinger Forschungsgruppe: eine „Bewältigungsstrategie, die darin besteht, über Belastungen hinwegzusehen und eine positive Einstellung zu kultivieren“. Eine junge Frau führt im Interview genau auf, was sie an einem Tag alles macht, zeitlich genau getaktet: die Versorgung ihres Kindes, der Halbtagsjob als Sozialpädagogin, Hausarbeit, Sport: „Es ist wirklich schwer, das alles unter einen Hut zu bekommen. Und das schlägt sich eben im Alltag nieder.“

Viele Entscheidungsmöglichkeiten – sowohl bei

der Arbeit als auch im Privatleben – würden zwar eine autonome Lebensführung bedeuten, so die Wissenschaftler. Dies könne aber leicht in Überforderung und damit Unfreiheit umschlagen. „Entsprechend empfinden die jungen Beschäftigten weniger einen Druck von außen, sondern haben eher den Eindruck, dass sie sich den Druck selbst machen.“

Mit dem Begriff „Solidarität“ können Beschäftigte dieser Altersgruppe oft wenig anfangen, so die Forscher. In der Regel siedeln sie solidarisches Handeln im privaten Bereich an: Kinderbetreuung für eine kranke Kollegin oder Mitmenschlichkeit im Allgemeinen. Im Arbeitsleben spiele solidarisches Handeln eine eher geringe Rolle. Allerdings weisen die Untersuchungsergebnisse gleichzeitig darauf hin, dass dies nicht als generelle Ablehnung von Mitbestimmung oder gewerkschaftlichen Aktivitäten zu interpretieren sei, betonen die Wissenschaftler. Vor allem bei Streiks habe die Forschungsgruppe beobachten können, wie das Interesse der Beschäftigten für Gewerkschaften rapide steigt.

„Solidarisches Handeln entsteht in der Praxis.“ Solidarität entsteht bei den jüngeren Beschäftigten vor allem bei Aktionen vor Ort: Die Jungen legen großen Wert darauf, ihr Leben selbstbestimmt zu führen, erläutern Held und Co. „Es ist deshalb auch nicht überraschend, dass bei den Streikaktionen im Sommer 2009 erstaunlich viele junge Beschäftigte spontan Gewerkschaftsmitglieder wurden“, zum Beispiel bei den Streiks der Erzieherinnen und im Gesundheitswesen.

Die Aktion allein genügt jedoch nicht, es braucht auch den sozialen Austausch über die eigene Situation und über den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang, so die Forscher. Die große Vielfalt der Lebens- und Arbeitssituationen lasse die Interessen ebenfalls auseinander gehen. Dadurch rückten Gemeinsamkeiten wie der Wunsch nach Anerkennung eher in den Vordergrund. ◀

* Quelle: Josef Held u.a.: Was bewegt junge Menschen? Lebensführung und solidarisches Handeln junger Beschäftigter im Dienstleistungsbereich, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2011
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Zwischen Eigennutz und Solidarität

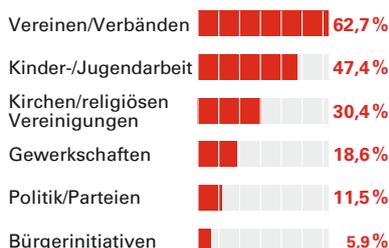
Für sie selbst von Bedeutung, sagen junge Beschäftigte im Dienstleistungssektor, sind ...



1.298 Befragte zwischen 25 und 35; Quelle: Held u.a. 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

Die meisten tun was im Verein

Junge Beschäftigte im Dienstleistungssektor, die sich engagieren, tun dies in ...



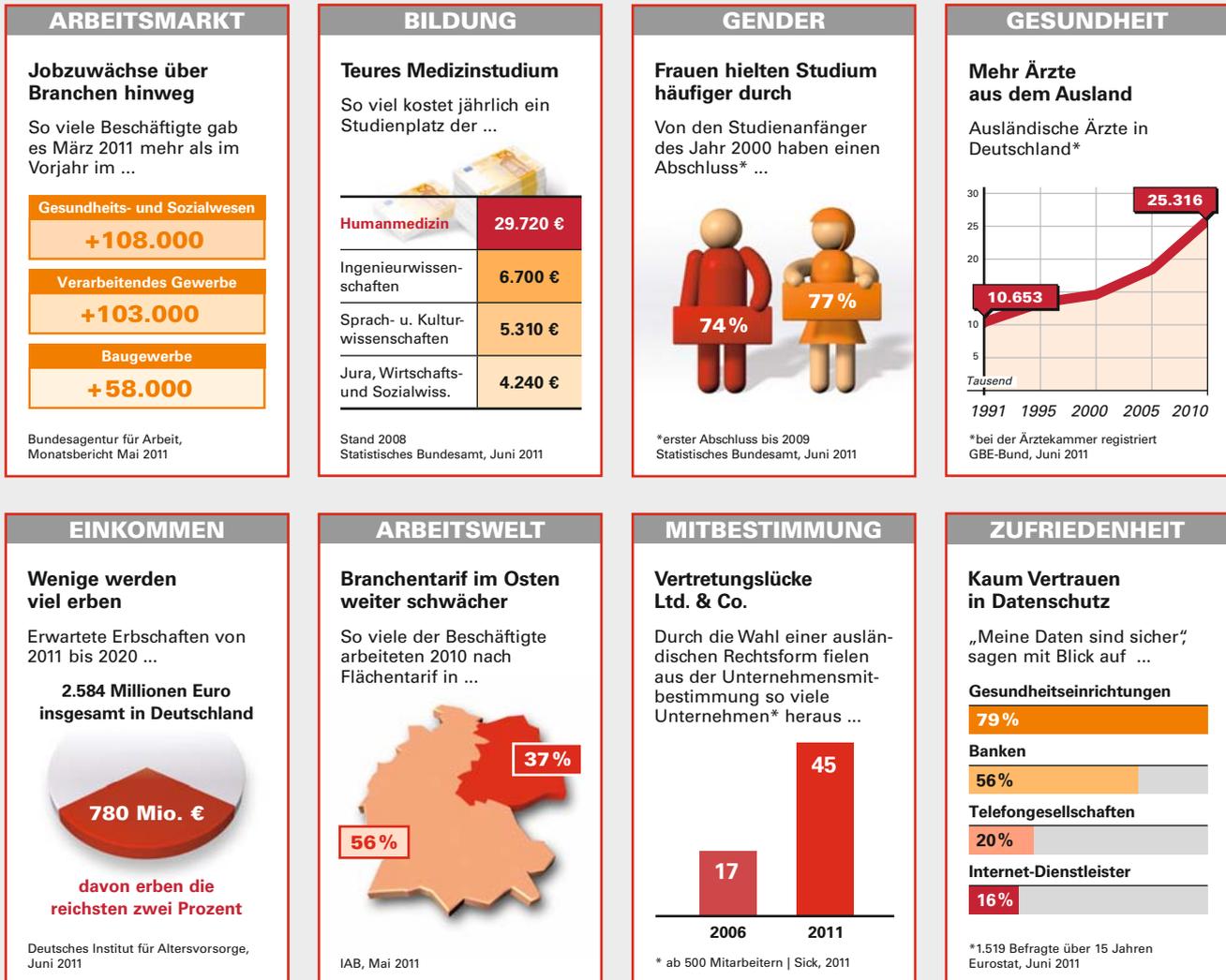
1.298 Befragte zwischen 25 und 35
Quelle: Held u.a. 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

Impressum

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11/7778-0
Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.)
Chefredaktion: Karin Rahn; **Redaktion:** Rainer Jung, Annegret Loges, Uwe Schmidt, Ernst Schulte-Holtey, Philipp Wolter
 E-Mail redaktion-impuls@boeckler.de; Telefon 02 11/77 78-286,
 Fax 02 11/7778-207; **Druck und Versand:** Setzkasten GmbH,
 Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

Weiter im Netz: Alle Grafiken zum Download (nach Rücksprache mit der Redaktion Abdruck frei bei Angabe der Quelle), weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben unter www.boecklerimpuls.de

TrendTableau



► **BILDUNG:** Der Trend zur Juniorprofessur schlägt sich in einer deutlich sinkenden Zahl abgeschlossener Habilitationen nieder. 2010 erreichten nach Angaben des Statistischen Bundesamtes noch 1.755 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler den höchsten akademischen Abschluss. Das sind vier Prozent weniger als 2009. Im Vergleich zu 2002 gab es sogar 24 Pro-

zent weniger Habilitationen. Die Zahl der Juniorprofessuren stieg zwischen 2002 und 2009 von 102 auf 994. Stat. Bundesamt, Juni 2011

► **GESUNDHEIT:** Mehr als jeder zwölfte Erwachsene in Europa hat im vergangenen Jahr Anti-Depressiva eingenommen. Das geht aus einer Studie des Bonner Instituts Zukunft der Arbeit (IZA) hervor. Am häufigsten greifen Por-

tugiesen zu Medikamenten dagegen depressive Stimmungen (16 Prozent), am seltensten Griechen (3 Prozent). In Deutschland liege der Verbrauch mit 5 Prozent „überraschenderweise unter dem EU-Durchschnitt, obwohl die Deutschen bei der Lebenszufriedenheit im unteren Mittelfeld rangieren“, so das IZA, das 30.000 Europäer befragte. IZA, Juni 2011

► **EINKOMMEN:** Nach Berechnungen von Capgemini und der US-Investmentbank Merrill Lynch besaßen 2010 weltweit rund 10,9 Millionen Menschen ein frei verfügbares Nettovermögen von mindestens einer Million US-Dollar. Das Gesamtvermögen der Dollar-Millionäre lag mit 42,7 Billionen zwei Billionen Dollar höher als vor der Finanzkrise. Capgemini, Juni 2011